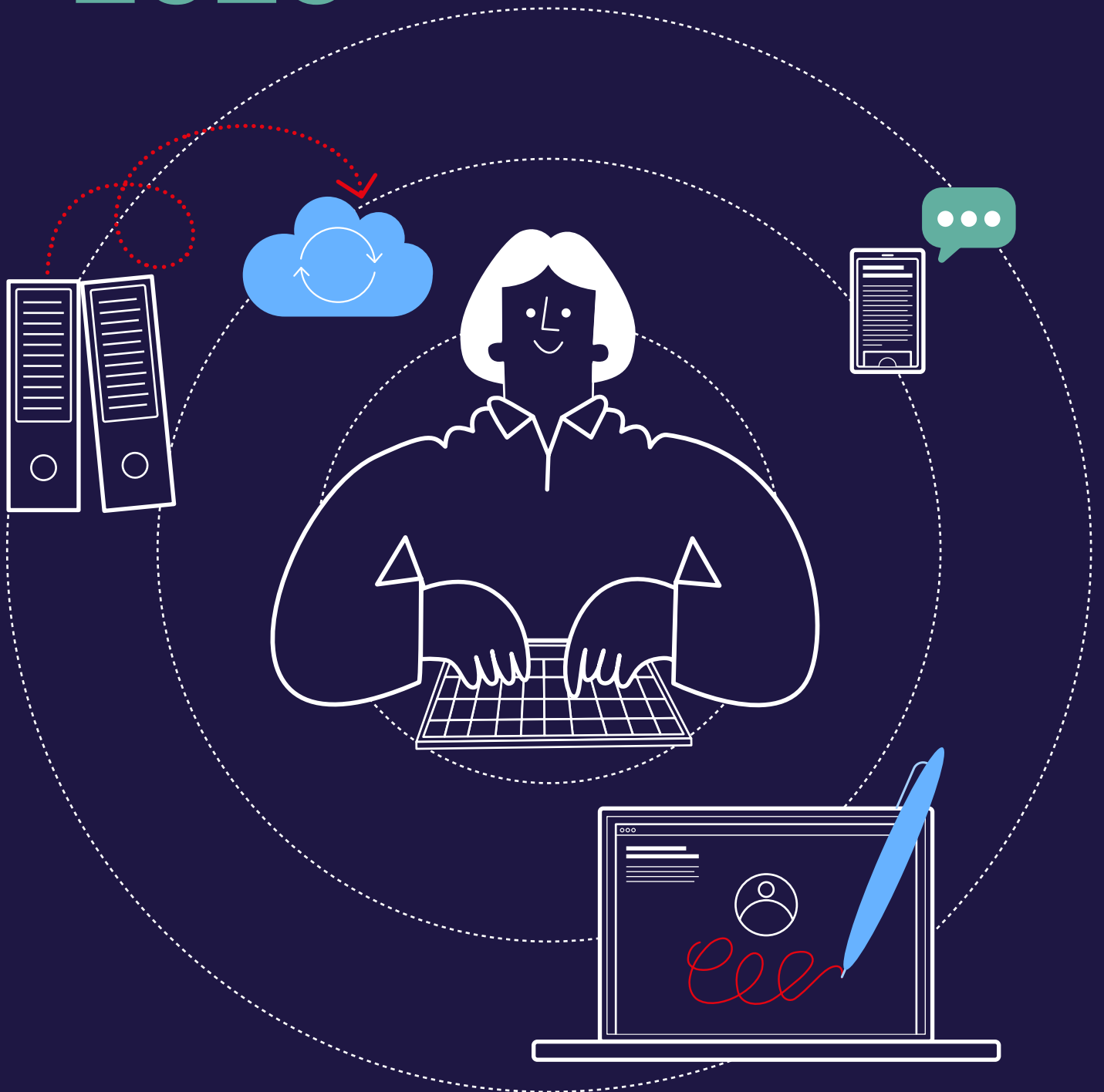




Digitale Verwaltung Schweiz
Administration numérique suisse
Amministrazione digitale Svizzera

Umsetzungsplan 2025



Umsetzungsplan DVS 2025

Datum 20. September 2024

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	3
	2	Übersicht Agenda DVS	3
	3	Agenda DVS	6
	3.1	INM1.026: Neuausrichtung E-Voting	6
	3.2	INM1.060: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern und Betrieb ch.ch	7
	3.3	INM1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»	9
	3.4	INM1.071: Schweizweite Betreibungsregisterauskunft	10
	3.5	INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)	11
	3.6	INM1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»	12
	3.7	INM1.083: Digitaler Kundenschalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform	13
	3.8	INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	14
	3.9	INM3.081: Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme	15
	3.10	INM4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	16
	3.11	INM4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	17
	3.12	INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	18
	3.13	INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen	19
	3.14	INM4.064: IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)	20
	3.15	INM4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden	21
	3.16	INM4.069: Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung	22
	3.17	INM4.076: Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement	23



4	Weitere geplante Projekte	24
5	Leistungsschwerpunkte DVS	28
5.1	Standardisierung fördern	29
5.2	Innovative Projekte fördern	29
5.3	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	29
5.4	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	30
5.5	Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	30
5.6	Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	30
5.7	Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	31
5.8	Konditionserklärungen und AGB	31
6	Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)	32
6.1	Agenda DVS	32
6.2	Leistungsschwerpunkte DVS (in CHF 1000)	33

1 Einleitung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ist seit 1. Januar 2022 operativ tätig. Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Leistungsauftrag der DVS sind in der «Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz» vom 1. Januar 2022¹ (Rahmenvereinbarung DVS) geregelt. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung DVS wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet. Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, die zur Erfüllung der in der Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027² festgelegten strategischen Schwerpunkte und ihren strategischen Zielen beitragen. Der Umsetzungsplan DVS 2025 wurde an der Sitzung vom 31. Oktober 2024 durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet.

Der Umsetzungsplan beinhaltet die Bestandteile:

- Kapitel 3: Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste DVS (Agenda DVS)³
- Kapitel 4: Leistungsschwerpunkte DVS⁴

Finanzierung

Für die Förderung dringend erforderlicher digitaler Infrastrukturen und Basisdienste für die Jahre 2024–2027 sieht das «Bundesgesetz über den Einsatz der elektronischen Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)» eine auf die Jahre 2024 bis 2027 befristete Anschubfinanzierung vor. Die gemeinsame Finanzierung zur Umsetzung der Agenda DVS ist in der Finanzierungsvereinbarung⁵ geregelt. Sie ergänzt die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die DVS. Die Vereinbarung legt die Höhe der von Bund und Kantonen zur Umsetzung der Agenda DVS zu leistenden Beiträgen sowie die zu finanzierenden Projekte fest. Der Bund übernimmt zwei Drittel der Finanzierung, die Kantone ein Drittel.

Die Grundaufgaben und die Leistungsschwerpunkte der DVS werden durch die Grundfinanzierung abgedeckt. Bund und Kantone tragen die Grundfinanzierung paritätisch. Schweizer Gemeinden und das Fürstentum Liechtenstein können sich auf einzelvertraglicher Basis nach Massgabe ihrer Bevölkerungsanzahl als Ergänzungsfinanzierung zur Grundfinanzierung von Bund und Kantonen einbringen.

2 Übersicht Agenda DVS

In der Agenda DVS legen Bund und Kantone fünf gemeinsame Ambitionen fest. Damit werden die dringend notwendige Entwicklung und Einführung von Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt. Die Umsetzung der Ambitionen erfolgt jeweils in einer Initiative. Die Initiativen enthalten Initiativmassnahmen (INM) zur konkreten Umsetzung. Die leistungsverantwortliche Organisation (LvO) ist für die Umsetzung der INM als Projekt, Teilprojekt oder einzelne Massnahme innerhalb eines Projektes zuständig.

¹ Vom Bundesrat verabschiedet am 24. September 2021 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 17. Dezember 2021.

² Die «Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024 - 2027» ist noch in Konsultation und tritt gemäss Planung per 1.1.2024 in Kraft.

³ Mit der Agenda DVS setzen Bund und Kantone gemeinsame Schlüsselprojekte um. Die Agenda DVS beinhaltet Ambitionen und Initiativen. Die Initiativen und Massnahmen spiegeln den in der Schweiz festgestellten Handlungsbedarf im Bereich Infrastrukturen und Basisdienste für die digitale Verwaltung wider.

⁴ Die Leistungsschwerpunkte DVS beinhalten unter anderem Leistungen aus dem ehemaligen Umsetzungsplan E-Government Schweiz und dem Arbeitsprogramm ICT sowie Projekte, die nicht über die Agenda DVS finanziert werden (z. B. Projekte in der Initialisierungsphase oder Analysen/Machbarkeitsstudien).

⁵ Vom Bundesrat verabschiedet am 9. Juni 2023 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 23. Juni 2023.

Mit der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» legen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam fest, wie die digitale Transformation der Verwaltungen im föderalen Kontext vorangetrieben wird. Zwischen Strategie und Agenda besteht eine Abhängigkeit bzw. die strategischen Schwerpunkte der Strategie lassen sich den Ambitionen der Agenda DVS zuordnen.

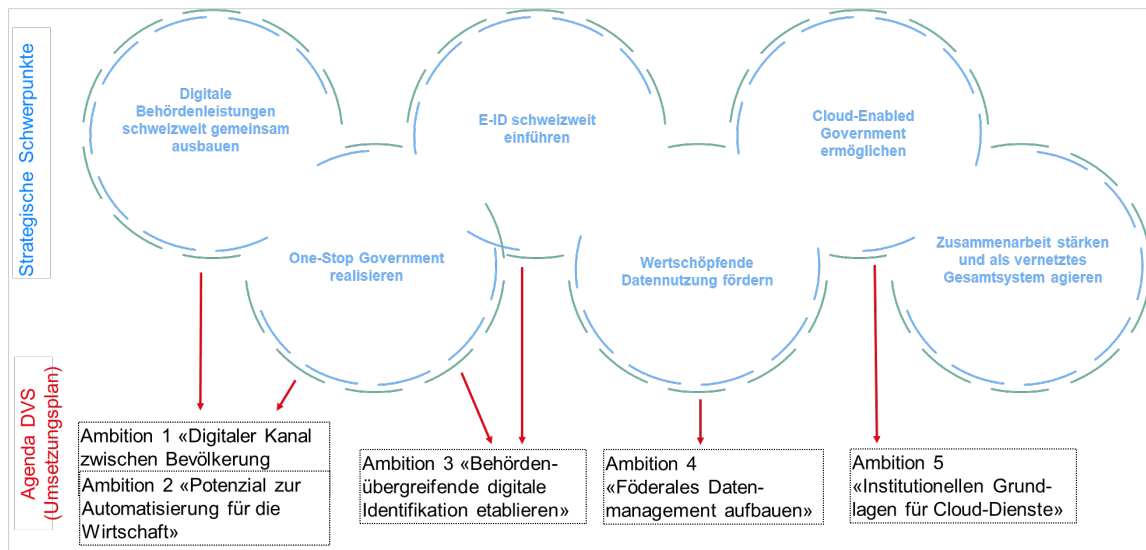


Abbildung 1: Zusammenspiel Strategie und Agenda DVS

In der nachstehenden Übersicht werden die strategischen Schwerpunkte beschrieben.

Schwerpunkt	Beschreibung
1 Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen	Das Leistungsangebot wird schweizweit ausgebaut. Die Gemeinwesen streben danach, ein umfassendes, durchgängiges und auf die Anspruchsgruppen ausgeichtetes Angebot digitaler Behördenleistungen über alle föderalen Ebenen hinweg zu schaffen. Um durchgängige digitale Leistungen zu erbringen, sollen die Organisationsgrenzen überwunden werden. Gemeinsam werden Behördenprozesse anhand ihres Potenzials ausgewählt und organisationsübergreifend und interoperabel ausgestaltet.
2 One-Stop-Government realisieren	Die Gemeinwesen bieten den Anspruchsgruppen nutzerorientierte Zugänge zu allen digitalen Behördenleistungen. Hierfür sollen alle notwendigen Interaktionen mit der Verwaltung dezentral über eine vertikal und horizontal integrierte interoperable Serviceplattformlandschaft (One-Stop-Government) erfolgen. Ein One-Stop-Government impliziert jedoch nicht, dass es schweizweit nur eine digitale Anlaufstelle gibt.
3 E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen	Die staatlich anerkannte E-ID wird eingeführt. Sie ermöglicht es, die Identität mittels eines elektronischen Nachweises zu belegen. Die E-ID erfordert den Aufbau und Betrieb einer Vertrauensinfrastruktur über alle drei föderalen Ebenen hinweg, insbesondere ein staatliches Wallet sowie ein Basis- und Vertrauensregister.
4 Wertschöpfende Datennutzung fördern	Das Datenökosystem Schweiz wird weiterentwickelt, indem insbesondere die gemeinsame Datenbewirtschaftung und die Sekundärnutzung von Daten im Sinne von Datenräumen gefördert werden. Die Nutzung der Daten von Wissenschaft und Wirtschaft wird begünstigt, die internationale Anschlussfähigkeit wird sichergestellt. Schlüsselanwendungen werden in enger Abstimmung der Gemeinwesen gezielt gefördert und weiterentwickelt, um Erfahrungen und Lösungen zu multiplizieren. Dies führt zu einer weitergehenden Erschliessung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzials des föderalen Datenmanagements.
5 Cloud-enabled-Government ermöglichen	Die Verwaltung sieht eine kombinierte Nutzung von Private- wie auch Public-Cloud-Infrastrukturen vor (hybrider Multi-Cloud-Ansatz). Um der Bedeutung und den Herausforderungen der Cloud-Technologie in der Anwendung im Verwaltungskontext gerecht zu werden, agieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam. Sie gehen die interdisziplinären Fragestellungen der Cloudnutzung ganzheitlich an, indem sie die Zivilgesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Wissenschaft aktiv einbeziehen. Im Fokus stehen dabei die Themenfelder Recht, Datenschutz, Befähigung und digitale Souveränität.
6 Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren	Die Gemeinwesen in der Schweiz treiben die Umsetzung von digitalen Behördenleistungen als vernetztes Gesamtsystem aktiv voran. Die interdisziplinäre fachliche Vernetzung wird mithilfe der DVS als Plattform forciert. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Die für die zukunftsgerichtete Zusammenarbeit notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten werden geschaffen bzw. weiter gefestigt.

3 Agenda DVS

3.1 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Oliver Spycher; oliver.spycher@bk.admin.ch / Bettina Hirter; bettina.hirter@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Realisierung unabhängiger Verifier
- M2: Realisierung Kontrollkomponenten
- M3: Realisierung Printoffice
- M4: Budget für allfällige Realisierung Public Bulletin Board mit Studie für Kantone

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	290'000	450'000	992'250	1'616'600	1'014'950	1'350'000	5'713'800

Anmerkung: Das Projekt «Neuausrichtung E-Voting» war in den Jahren 2022 und 2023 Teil des Umsetzungsplans E-Government.

3.2 INM1.060: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern und Betrieb ch.ch⁶

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

In Zusammenarbeit mit den Betreiberinnen und Betreibern von digitalen Behördenangeboten (Gemeinden, Städte, Kantone und Bund) werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien, aber auch multimediale Inhalte und Accessibility-Content. Diese Inhalte stehen den Nutzenden auf ch.ch und den Behörden in geeigneter und bedarfsgerechter Form zur Verfügung. Ausgangspunkt für die behördenübergreifende Zusammenarbeit ist das «Forum Digitale Kommunikation». In diesem Rahmen sollen nach Bedarf zudem Manuals, Best Practices oder Standards erstellt und etabliert werden, um die Gestaltung nutzungsfreundlicher digitaler Behördendienstleistungen zu beschreiben.

Über alle Staatsebenen hinweg sollen einheitliche visuelle Elemente eingesetzt werden. Die Bundeskanzlei prüft die diesbezüglichen Bedürfnisse der Nutzenenden und erarbeitet eine Empfehlung für die Behörden der Schweiz.

Das Informationsportal ch.ch bietet über die Staatsebenen und Verwaltungseinheiten hinweg Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, einem mehrsprachigen Angebot und barrierefreien Inhalten dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Suchmaschinen und ist Einstiegsseite zu digitalen Behördenangeboten der Schweiz.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Finanzierung und strategische Ausrichtung von ch.ch ab 2025.
- M2: Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services gewährleisten (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte).
- M3: Durchführung des Forums Digitale Kommunikation und Massnahmen gemäss Bedarf durchführen.
- M4: Standards, Best Practices oder Manuals erstellen und etablieren.
- M5: Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren: «Labor» für Pilotprojekte und Realisation allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung.
- M6: Qualitätsgesicherter Betrieb von ch.ch. und Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen.

Endtermin: 31.12.2027

⁶ Dieses Projekt wurde noch nicht durch das operative Führungsgremium DVS (OFG) behandelt und freigegeben. Die leistungsverantwortliche Organisation wird dem OFG ein Konzept zur weiteren Finanzierung, Umsetzung und Betrieb vorlegen (Massnahme M1).



Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	6'000'000

Anmerkung: Die Projekte «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» und «Betrieb ch.ch» waren in den Jahren 2022 und 2023 Teil des Umsetzungsplans E-Government.

3.3 INM1.068: Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Patric Ilg; patric.ilg@seco.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Beschreibung:

Die Plattform «Amtsblattportal» wird neu entwickelt. Das Ziel ist, das «Amtsblattportal» technologisch und funktional auf den neusten Stand zu bringen und an den aktuellen Standards und Anforderungen auszurichten. Dadurch kann ein sicherer und kosteneffizienter Betrieb und die Erfüllung des Leistungsauftrags gemäss den rechtlichen Anforderungen auch künftig gewährleistet und der weitere Ausbau zur zentralen Schweizer Publikationsplattform für amtliche Meldungen fortgeführt werden. Die Trägerschaft durch alle föderalen Ebenen hindurch soll weiter gestärkt und längerfristig etabliert werden. Besonders wichtig ist dabei, dass die spezifischen Anforderungen der Kantone und Gemeinden ins Pflichtenheft einfließen, damit die neue Plattform für alle Beteiligten einen grösstmöglichen Nutzen stiften kann. Es sind die Bedürfnisse aller Kantone zu erheben, da auch diejenigen Kantone Daten beziehen, die über eigene Kanäle publizieren. Für die Kantone und Gemeinden ist die Plattform die erste digitale Lösung zur Publikation von Meldungen. Die Anforderungen der Gemeinden und Städte werden über den Schweizerischen Gemeindeverband SGV und den Schweizerischen Städteverband SSV abgedeckt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzept erstellen (abgeschlossen)
- M2: Umsetzung

Endtermin: 30.09.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	350'000	700'000	350'000		1'500'000

3.4 INM1.071: Schweizweite Betriebsregistrauskunft

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Kontakt: Yves de Mestral; yves.demestral@zuerich.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Konferenz der Stadtammänner von Zürich (KdSZ)

Beschreibung:

Die Ausfertigung der Betriebsregistrauskunft ist einer der häufigsten Geschäftsvorfälle in der Verwaltung. In aktuellen Betriebsregistrauszügen sind nur diejenigen Betriebsverfahren verzeichnet, die in dem Betriebskreis laufen, in dem der Auszug bestellt wird.

Neu soll eine Betriebsregistrauskunft über alle 366 Ämter der Schweiz ausgestellt werden. Einerseits wird für die Bevölkerung die Einholung einer Betriebsauskunft einfacher. Andererseits wird damit dem Missbrauch der Betriebsregistrauskunft durch geeignete Massnahmen ein Riegel geschoben und Betrugsfällen durch Schuldner vorgebeugt. Zudem sollen die Betriebsämter durch eine voll-digitale Abwicklung der Selbstauskünfte entlastet werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Durchführung Initialisierung (abgeschlossen)
- M2: Umsetzung

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			300'000	900'000	1'100'000	1'300'000	3'600'000

Bemerkung: Dies ist eine Umsetzung von «INM1.903: Entwicklung schweizweite Betriebsregistrauskunft (Umsetzung)»

3.5 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren

Kontakt: Philipp Dasen; philipp.dasen@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK-DTI)

Bemerkung: Das Projekt AGOV ist operativ. Es ist Teil des Programms E-ID und ist ein wichtiger «Verifier» in der Vertrauensinfrastruktur E-ID.

Beschreibung:

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die E-ID als Identifikationsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC)-Umgebung eines Identitätsverbands inklusive CH-LOGIN, edu-ID und kantonaler Identitätsprovider (IdP) im Jahr 2023 und die operative Nutzung ab 2024.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Studie AGOV (abgeschlossen)
- M2: PoC AGOV funktional (abgeschlossen)
- M3: Betrieb PoC-Umgebung BIT (abgeschlossen)
- M4: Start Aufbau Supportorganisation (abgeschlossen)
- M5: Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen (abgeschlossen)
- M6: Georedundanz verfügbar
- M7: Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation (abgeschlossen)
- M8: Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion)
- M9: Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen
- M10: Start Weiterentwicklung E-ID
- M11: Anschluss staatliche E-ID (Wallet2Federation-Service)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		3'100'000	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000	16'150'000



3.6 INM1.070: Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren

Kontakt: Cédric Roy; cedric.roy@admin.vs.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: iGovPortal.ch (Verein)

Beschreibung:

Entwicklung des digitalen Online-Schalters für Kantone und Gemeinden durch Erneuerung und Weiterentwicklung der interkantonalen Plattform iGovPortal hinsichtlich Interoperabilität und Standardisierung.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Erneuerung IT-Architektur
- M2: Erneuerung der Benutzeroberfläche und Erweiterung der Funktionalität

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		250'000	850'000	1'650'000	450'000		3'200'000

3.7 INM1.083: Digitaler Kundenschalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Kontakt:** Eva-Maria Boretti; eva-maria.boretti@tg.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Amt für Informatik Kanton Thurgau**Beschreibung:**

Der Soll-Zustand ist die Anerkennung und Anpassung des Digitalen Schalters des Kanton Thurgau zur sicheren Zustellplattform. Der Digitale Schalter soll eine benutzerfreundliche Online-Plattform zur sicheren und nahtlosen Zustellung von Verwaltungsdokumenten an Bürgerinnen und Bürger sein. Die Plattform gewährleistet eine sichere Übermittlung sensibler Daten und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern einen effizienten und modernen Datenaustausch innerhalb eines geschlossenen Ökosystems (Lösung heute: Antrag an Behörde wird digital erfasst, Dokument wird analog zugestellt). Der Kontext umfasst sowohl die rechtlichen Anforderungen und Vorschriften zum sicheren Datenaustausch zwischen Verwaltungen und Bürgerinnen/Bürgern sowie die bestehenden Herausforderungen bei der Zustellung von Dokumenten an Bürgerinnen und Bürger. Die Zertifizierung des Digitalen Schalters zur sicheren Zustellplattform dient als Muster und fördert ein einheitliches digitales Ökosystem zum Austausch von elektronischen Dokumenten zwischen der Verwaltung und Bürgerinnen/Bürgern.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Zusammenstellung aller zu erfüllenden Kriterien und weitere Vorabklärungen
- M2: Prüfung der Erfüllung der Kriterien des Bundes
- M3: Weiterentwicklung der Plattform zur Erfüllung der Kriterien
- M4: Zertifizierungsvorbereitung
- M5: Durchführung der Zertifizierung

Endtermin: 31.12.2026**Budget/Planung (in CHF):**

	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	40'000	260'000	60'000		360'000

3.8 INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Kontakt: Philippe Lorenz, fedpol; philippe.lorenz@fedpol.admin.ch / Urs Paul Holenstein, BJ;
urspaul.holenstein@bj.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Justiz (BJ)

Bemerkung: Das Programm E-ID ist nicht abgeschlossen. Weitere Massnahmen sind in den Massnahmen INM3.077, INM3.904 sowie INM3.905 vorgesehen. Die personelle Beteiligung aus der Geschäftsstelle DVS ist weiterhin gewährleistet.

Beschreibung:

Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz sowie Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sollen sich im Internet sicher identifizieren können. Dafür ist ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) erforderlich. Der Bund soll die staatliche E-ID ausstellen und für den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur verantwortlich sein. Neben der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (E-ID-Gesetz) werden für die E-ID-Vertrauensinfrastruktur Technologien erprobt. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Pilotprojekte durchgeführt: Die Bundeskanzlei (BK) überprüft die Machbarkeit eines elektronischen Ausweises für Mitarbeitende des Bundes (Proof of Concept e-Perso). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) testen einen elektronischen Lernfahrausweis, mit dem Ziel, auch andere Verkehrszulassungen als elektronische Nachweise anbieten zu können. Hinzu kommt eine Reihe von kantonalen und privaten Pilotprojekten.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Entwurf E-ID-Gesetz und Ausführungsbestimmungen erarbeiten (abgeschlossen)
- M2: E-ID Kommunikation spezifizieren und umsetzen (abgeschlossen)
- M3: Pilotprojekt eLernfahrausweis (eLFA) umsetzen
- M4: E-ID-Ausstellung umsetzen

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	Total
Betrag	450'000	1'300'000	1'000'000	2'750'000

3.9 INM3.081: Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Kontakt: Reto Schubnell, TG; reto.schubnell@tg.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton Thurgau

Beschreibung:

Der PoC «Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass» wird aufgrund der hohen Akzeptanz bei den Nutzenden und dem Interesse von Bundesprojekten, Tourismusorganisationen, Freizeitangebietern und Vereinen weitergeführt:

- Weiterentwicklung der Ausstellungslösung (ggf. mit AGOV);
- Weiterentwicklung der Verifikationslösung (gemäss Schnittstellenstandard eCH-0258);
- Weiterer Betrieb der Lösung für Aussteller und Verifikatoren;
- Open-Source-Publikation der Weiterentwicklungen;
- Anpassung der Software an die gewählte Technologie der zukünftigen E-ID Infrastruktur;
- Test mit der zur Verfügung gestellten Endinfrastruktur;
- Konzipierung der Geschäftsfälle «Betriebsregisterauszug» und «Wohnsitzbestätigung».

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzeption Digitales Produkt DVS mit Rebranding und generischem Verifier und eCH-0258-Kompatibilität;
- M2: Lösung zur Erstellung von Schema-Templates für Kantone und Gemeinden;
- M3: Issuer und Verifier sowie Templateportal als Microservice für Portale am Beispiel von Tourismuskarte und Mitarbeiterausweis für alle Kantone;
- M4: Konzeption und Systemintegration in nächste Sandbox Basis-Infrastruktur des Bundesamts für Informatik BIT;
- M5: Betriebsregisterauszug, konzeptionell und technisch bereit;
- M6: Wohnsitzbestätigung für Gemeinden/Kantone;
- M7: Erstellung weiterer Use-Cases/Standardisierung.

Endtermin: 31.05.2026

Budget/Planung (in CHF):

	2024	2025	2026	Total
Betrag	150'000	220'000	170'000	540'000

3.10 INM4.016: Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Werner Sark; werner.sark@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Ein Nationaler Adressdienst ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Projektleitung sicherstellen
- M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten
- M2: Konzeption und Organisation sicherstellen
- M3: Systementwicklung vornehmen.
- M4: Einführung und Kommunikation umsetzen

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	530'000	1'074'000	500'000	1'825'000	3'000'000	2'200'000	9'129'000

Bemerkung: Aufgrund der Abhängigkeit zum Adressdienstgesetz war eine Neuplanung erforderlich.

3.11 INM4.024: Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Es werden Grundlagen geschaffen für ein nationales Datenökosystem, damit alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Darin eingeschlossen sind Zusammenarbeitskonzepte (Blueprints) für interoperable Datenräume.

Auf Basis dieser Grundlagen sind institutionelle und konzeptionelle Rahmenbedingungen erarbeitet z. B. für die Datenräume in den Bereichen Mobilität, Landwirtschaft, Gesundheit oder Bildung. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen evaluiert. Pilotprojekte zeigen prototypisch auf, welche Anforderungen an die Governance, Zusammenarbeit, Architektur und Infrastrukturen zu erfüllen sind.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architektur Blueprint V1 (abgeschlossen)
- M2: Architektur Blueprint V2
- M3: Trägerschaft identifiziert (abgeschlossen)
- M4: Prototypen identifiziert (abgeschlossen)
- M5: Prototypen umgesetzt

Endtermin: 10.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	480'000	1'400'000	1'496'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000	6'776'000

3.12 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019-2023 und insbesondere des Grundsatzes «open by default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige und nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal open-data.swiss aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen (abgeschlossen)
- M2: Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen (abgeschlossen)
- M3: Integration oder Anbindung der Plattformen
- M4: IT-Projektleiter/in Migration/ Anwendungsverantwortliche(r) anstellen
- M5: Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden.
- M6: Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services)

Endtermin: 30.06.2026**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	114'200	284'700	450'000	750'000	250'000		1'848'900

3.13 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Benjamin Rothen; benjamin.rothen@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene existierende sowie neu geschaffene Gremien sollen die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim BFS;
- Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik befassen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Roadmap aufbauen
- M2: Community Manager/in anstellen
- M3: Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen (abgeschlossen)
- M4: Informationsplattform aufbauen
- M5: Anwendungs-Manager/in anstellen
- M6: Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	41'000	392'600	591'000	446'000	456'000	466'000	2'392'600

3.14 INM4.064: IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Mario Bürgler; mario.buergler@sz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton SZ, Amt für Landwirtschaft

Beschreibung:

Das gemeinsame Projekt der zwölf Kantone (Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St.Gallen, Tessin, Uri und Zürich; nachfolgend «Kantone») umfasst die Dienstleistungen einer IT-Lösung, welche Bereiche des eidgenössischen Landwirtschaftsrechts (Direktzahlungen) und weitere eidgenössische und kantonale Rechtsgebiete (Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz) vollzieht.

Die Kantone betreiben heute gemeinsam in Form einer einfachen Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit eine Geschäftsstelle, welche beim Kanton Zürich angesiedelt ist. Die Entwicklungs- und Migrationsprojekte für die neue IT-Lösung soll über eOperations Schweiz AG laufen, während der restliche Anteil der Geschäftsführung bis zum Ende der Übergangsphase, voraussichtlich per 31. Dezember 2025, bei der derzeitigen Geschäftsstelle im Kanton Zürich belassen wird. Damit sollen die Prozesse in den Kantonen vereinheitlicht, Synergien genutzt, Kosten reduziert und die Rechtspersönlichkeit von eOperations Schweiz AG genutzt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Anforderungsanalyse
- M2: Spezifikationen
- M3: Entwicklung der Schnittstellen

Endtermin: 31.07.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	400'000	600'000			1'300'000

3.15 INM4.067: Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Lukas Mohler; lukas.mohler@bs.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton BS

Beschreibung:

Das primäre Ziel liegt in der zeitnahen Erhebung möglichst umfassender Anforderungen aus den Staatsebenen Kantone und Gemeinden an die I14Y sowie deren Umsetzung im Rahmen des hier genannten Umfangs. Damit werden die Arbeiten von weiteren Gemeinwesen mit ähnlicher Ausgangslage und Zielsetzung erleichtert. Darüber hinaus werden Empfehlungen abgeleitet für den Betrieb der Plattform im Hinblick auf eine schweizweite Betrachtung von Continuous Development und Continuous Integration.

Das Projekt startet mit dem Kanton Basel-Stadt. Dieser deckt kantonale und städtische Strukturen ab, verfügt über eine zentrale Statistikstelle, die für OGD zuständig ist sowie eine Geoinformationsstelle mit langjähriger Erfahrung im Datenmanagement, die für die koordinierte Erfassung und Bereitstellung von Gebäudeinformationen zuständig ist (laufendes Projekt). Dies gewährleistet, dass die Projektergebnisse für weitere Kantone zu Erleichterungen führen bezüglich der Anbindung an den nationalen Datenkatalog. Auf diese Weise wird ein erheblicher Multiplikationseffekt durch das Projekt erzielt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Projektleitung und Anforderungsanalysen/Priorisierung über mehrere Kantone/Städte hinweg
- M2: Identifikation und Berichte Best Practice
- M3: Erweiterungen I14Y

Endtermin: 15.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		107'365	500'000	275'000			882'365

3.16 INM4.069: Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern

Kontakt: Laura Hahn; laura.hahn@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik

Beschreibung:

Das Umsetzungsziel besteht im Aufbau eines webbasierten Reporting-Portals. Das Webportal ermöglicht den Gemeinden, Kantonen und Bundestellen sowie weiteren Stakeholdern einen gesteuerten Zugang zu Kennzahlen der Sozialhilfestatistik für die politische und strategische Steuerung. Zudem ermöglicht es den Datenlieferanten ein Qualitätsmonitoring und den Zugang zu harmonisierten Daten. Das Webportal gewährleistet die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung.

Die Auftraggeber sind die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) sowie das Bundesamt für Statistik (BFS). Das Projekt wird in einer Co-Leitung durch die SODK und das BFS geleitet.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Entwicklung von Policies und Pilotierung (abgeschlossen)
- M2: Zugriffsmanagement und Prozesse
- M3: Ausarbeitung Architektur, Infrastruktur- und Datenmodellierung
- M4: Parametrierung der technologischen Lösung
- M5: Aufbau der statistischen Berichte

Endtermin: 15.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		161'000	190'000	220'000			571'000

3.17 INM4.076: Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement

Strategischer Schwerpunkt: Wertschöpfende Datennutzung fördern**Kontakt:** Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik**Beschreibung:**

Das vorliegende Projekt ermöglicht die Organisation, Durchführung und Evaluation je einer dreitägigen Weiterbildung auf Deutsch und Französisch zum Thema Datenmanagement und Datenkompetenz. Dabei lernen die Teilnehmenden die notwendigen Grundlagen, Aktivitäten und Prozesse kennen, um eigene Vorhaben im Bereich der (Meta-)Daten kompetent zu planen und umzusetzen (u.a. Publikation von Open Government Data). Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden aufgezeigt und über die laufenden Vorhaben und relevanten Strategien im Datenbereich des öffentlichen Sektors informiert. Zusätzlich werden mehrere konkrete Praxisbeispiele aus verschiedenen föderalen Stufen der öffentlichen Verwaltung vorgestellt. Eigene Use Cases werden in Kleingruppen diskutiert und Lösungen erarbeitet. Zielgruppe sind primär spezialisierte Mitarbeitende (Local Data Stewards, Datenspezialisten, Datenverantwortliche, usw.) der Kantone, der Gemeinden und des Bundes, als auch der Bundesebene.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Ausbildungskosten (bzw. Teilnahmegebühr)
- M2: Lehrmaterial (externe Kosten)
- M3: Koordination / Kommunikation (0,2 FTEs beim BFS)

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				120'000	120'000	120'000	360'000

4 Weitere geplante Projekte⁷

INM1.082 Erstellung, Verbreitung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal und Gemeinde-Websites⁸

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Beschreibung:

Den Gemeinden wird ein Umsetzungsinstrument für die Erstellung von kommunalen Services inklusive erste Services zugänglich gemacht. Dieses Umsetzungsinstrument deckt auch die fachliche Zusammenarbeit mit den Public Innovators (kommunale Verwaltungsmitarbeitende) ab. Die bestehenden kantonalen Gemeindeverbände werden als wichtige Bindeglieder und Multiplikatoren eingesetzt. Für die Einwohnerinnen und Einwohner werden mit diesem Vorgehen kommunale Services bereitgestellt.

Diese werden kundenzentriert auf einem kantonalen, meist bereits bestehenden Portal angeboten. Das ermöglicht eine nahtlose Integration und stellt sicher, dass Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen auf effektive Weise von Dienstleistungen aus allen föderalen Ebenen profitieren können. Das fachliche und technische Konzept als Grundlage wurde bereits erarbeitet und die daraus entstandenen Entwicklungen befinden sich seit zwei Jahren im Aargau (Fit4Digital) in Betrieb.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			114'000	454'000	246'000	246'000	1'060'000

INM1.902: Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»

Strategischer Schwerpunkt: Digitale Behördenleistungen schweizweit gemeinsam ausbauen

Beschreibung:

Die sichere und rechtskonforme elektronische Zustellung von Verfügungen ist ein grosses Bedürfnis in der Verwaltung von Kanton und Gemeinden.

Eine einheitliche Lösung wäre erstrebenswert, damit Nutzerinnen und Nutzer einen digitalen Briefkasten für sämtliche Transaktionen mit Behörden aller Stufen haben und umgekehrt die Kanäle für elektronische Eingaben möglichst nutzerfreundlich und breit anerkannt sind. Das Vorhaben ist für alle Gemeinwesen, insbesondere aber für kleinere Einheiten mit weniger Ressourcen, von grosser Bedeutung.

⁷ Die Texte und Beschreibungen werden ergänzt, sobald Projekte/Vorhaben vom OFG in den Umsetzungsplan aufgenommen bzw. die Leistungsvereinbarungen genehmigt wurden.

⁸ Zunächst wird im 2024 die Phase «Initialisierung» mit CHF 120'000.- finanziert, die späteren Phasen werden dem OFG erneut zum Beschluss vorgelegt.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				500'000	1'000'000	1'000'000	2'500'000

INM2.074: Weiterentwicklung von EasyGov ⁹**Strategischer Schwerpunkt:** One-Stop-Government realisieren**Beschreibung:**

Ausbau des Online-Schalters für Unternehmen (Easygov.swiss) mit dem Ziel, EasyGov als zentrales Zugangsportal für Unternehmen weiter auszubauen. Dieses Ziel wie auch die Mitfinanzierung des Ausbaus durch Mittel der DVS ist in der Botschaft zur Standortförderung des Bundes 2024-2027 verankert. Die Erweiterung des Angebots an elektronischen Behördenleistungen auf EasyGov wurde von Bundesrat und Parlament auch im Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) verankert.

Die bestehenden Serviceplattformen von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden werden gemeinsam in Richtung One-Stop-Government ausgebaut. Dabei wird die Kompatibilität mit bereits bestehenden (sektorspezifischen) Lösungen der Gemeinwesen koordiniert. Ein gemeinschaftliches Vorgehen stellt die weitere bedarfsgerechte Entwicklung und Nutzung von Service-Bausteinen sicher.

Eine offene Architektur und Standards, insbesondere für (Applikations-)Schnittstellen, werden gemeinsam festgelegt, sodass bestehende digitale Behördenleistungen aller Gemeinwesen in eine gemeinsame Basisinfrastruktur integrierbar sind.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				2'500'000	4'600'000	4'600'000	11'700'000

INM3.904: AGOV (Unterstützende Massnahmen)

Strategischer Schwerpunkt: One-Stop-Government realisieren**Beschreibung:**

Das Vorhaben AGOV macht die Login-Funktionalitäten des seit vielen Jahren bestehenden CH-LOGIN der Bundesverwaltung allen Verwaltungsebenen der Schweiz (Gemeinden, Kantone, Bund) zugänglich. Es ist weitere Finanzierung als Unterstützung der Einführung in den Kantonen vorgesehen.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				1'000'000	1'000'000	1'000'000	3'000'000

⁹ Dieses Projekt wurde noch nicht durch das operative Führungsgremium DVS (OFG) behandelt und freigegeben.

INM3.077: Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL)

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Beschreibung:

Ab 2025 soll die Entwicklung und Umsetzung des elektronischen Führerausweis mDL vorangetrieben werden. Die DVS finanziert die Umsetzung des elektronischen Führerausweis als Teil der Vertrauensinfrastruktur der staatlichen E-ID. Als einer der wichtigsten digitalen Nachweise für die Vertrauensinfrastruktur der E-ID ist der elektronische Führerausweis ein starker Treiber für eine verbreitete Nutzung in der Bevölkerung.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				300'000	300'000		600'000

INM3.905: E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung)

Strategischer Schwerpunkt: E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen

Beschreibung:

Für den Aufbau des staatlichen elektronischer Identifikationsnachweis (EID) werden neben der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (E-ID-Gesetz) auch Technologien für die E-ID-Vertrauensinfrastruktur erprobt. Es sind weitere Finanzierung als Unterstützung der Einführung in den Kantonen vorgesehen.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				500'000	500'000	500'000	1'500'000

INM5.901: Anschubfinanzierung von Cloud- und Open Source-Projekten

Strategischer Schwerpunkt: Cloud-enabled-Government ermöglichen

Beschreibung:

Das operative Führungsgremium hat an seiner Sitzung vom 27.6.2024 drei Stossrichtungen beschlossen, wozu konkrete Projekte umgesetzt werden sollen (strategischer Handlungsbedarf):

- **Cloud Guidelines:** Entwicklung von Leitfäden, die Best Practice für die Cloud-Nutzung in öffentlichen Verwaltungen bieten. Dies mit dem Zweck der Sicherstellung einer einheitlichen und sicheren Cloud-Nutzung, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht und Best Practices folgt.
- **GovTech Stack:** Aufbau eines Inventars und Bereitstellung von SaaS, Open-Source-Tools und Fachapplikationen (Pilot) für die Nutzung im öffentlichen Umfeld. Damit wird die Unabhängigkeit von proprietären Lösungen und die Unterstützung innovativer und kosteneffizienter Ansätze gefördert.
- **Zusammenarbeit und Swiss Government Cloud SGC:** Schaffung von Plattformen und Netzwerken zur Förderung von Zusammenarbeit und Wissensaustausch zwischen Verwaltungen, Experten und Stakeholdern. Dies verfolgt das Ziel der Stärkung der gemeinschaftlichen Entwicklung und Implementierung von Cloud-Lösungen sowie der Unterstützung durch gemeinsame Ressourcen und Best Practices.

Das OFG hat die Geschäftsstelle DVS mit dem weiteren Aufbau der Ambition durch konkrete Projektanträge beauftragt.

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag				2'000'000	3'000'000	5'000'000	10'000'000

5 Leistungsschwerpunkte DVS

Die Leistungsschwerpunkte DVS sind neben den Projekten gemäss Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz ein Teil des Umsetzungsplans DVS. Sie beinhalten unter anderem Leistungen aus dem ehemaligen Umsetzungsplan E-Government Schweiz und dem Arbeitsprogramm ICT sowie Projekte, die nicht über die Agenda DVS finanziert werden (z. B. Projekte in der Initialisierungsphase oder Analysen/Machbarkeitsstudien). Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS-Projekte und Leistungsschwerpunkte, welche zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder beitragen. Die Leistungsschwerpunkte tragen zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder bei.

Die Leistungen sind darauf ausgerichtet, einen Mehrwert für Bevölkerung, Wirtschaft und öffentliche Verwaltungen zu schaffen und die Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg zu fördern und zahlen dem strategischen Schwerpunkt «Zusammenarbeit stärken und als vernetztes Gesamtsystem agieren» ein.

5.1 Standardisierung fördern

Kontakt: Dominic Müller; dominic.mueller@ech.ch; Marcel Kessler marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS / Verein eCH

Beschreibung:

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E-Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der «Strategie Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Im Rahmen des Umsetzungsplans wird eine möglichst breite Standardisierung gefördert. Dies soll den Aufwand bei den umsetzenden Behörden senken.

5.2 Innovative Projekte fördern

Kontakt: Irem Türkes-Kaynarca; irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die DVS stellt jährlich Mittel zur Verfügung, um innovative Projekte zu unterstützen. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Eine Jury bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

5.3 Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Kontakt: Irem Türkes-Kaynarca; irem.tuerkes-kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, konkrete Projekte zu unterstützen, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln.

5.4 Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken

Kontakt: Vanessa Eugster; vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll auf verschiedenen Kanälen transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden. Hierfür informiert die DVS offen und zielgruppengerecht über laufende Digitalisierungsprojekte und stellt Hintergrundwissen zur Verfügung.

5.5 Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten

Kontakt: Urs Paul Holenstein; info@eJustice.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Verein eJustice

Beschreibung:

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

5.6 Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Die Gemeinwesen in der Schweiz treiben die Umsetzung von digitalen Behördenleistungen als vernetztes Gesamtsystem aktiv voran. Die interdisziplinäre fachliche Vernetzung wird mithilfe der DVS als Plattform forciert. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden verständigen sich über eine verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur. Die für die zukunftsgerichtete Zusammenarbeit notwendigen Strukturen und Verbindlichkeiten werden geschaffen, bzw. weiter gefestigt. Eine übergreifende Ausrichtung der Gesamtarchitektur der digitalen Verwaltungslandschaft über alle drei föderalen Ebenen hinweg ist definiert, kommuniziert und in Teilen prototypisiert und standardisiert.

5.7 Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen

Kontakt: Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Arbeitsgruppen bearbeiten spezifische Themen im Rahmen des Leistungsauftrags der DVS. Sie werden nach Bedarf vom operativen Führungsgremium oder vom Beauftragten von Bund und Kantonen zur inhaltlichen Unterstützung des politischen und des operativen Führungsgremiums eingesetzt.

Folgende Arbeitsgruppen DVS sind aktiv:

- Telekommunikation
- Voice
- Informations- und Cybersicherheit
- Identitätsmanagement und E-ID
- Nationales Koordinationsgremium Datenmanagement
- iSVD - inhaltliche Standardisierung elektronischer Nachweise (VC)
- Cloud Governance und Workplace
- Architektur
- Koordinationsgremium Datenwissenschaft und KI

Eine detailliertere Beschreibung der Arbeitsgruppen ist auf der Website der DVS: [Arbeitsgruppen Digitale Verwaltung Schweiz \(digitale-verwaltung-schweiz.ch\)](https://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch) und im Extranet «Arbeitsgruppen/Groupes de travail (admin.ch)» zu finden.

5.8 Konditionserklärungen und AGB

Kontakt: Greg Hernan; greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die DVS unterstützt die beteiligten Gemeinwesen im Bereich der Digitalisierung und IKT durch Beratung, Koordination und Empfehlungen sowie durch Interessensvertretung gegenüber IKT-Anbietern, insbesondere hinsichtlich gemeinsamer Rahmenverträge und Konditionserklärungen der beteiligten Gemeinwesen.

Dank Vereinbarungen mit ICT-Lieferanten und ICT-Dienstleistern verfügen die öffentlichen Verwaltungen in ICT-Bereichen über bessere Einkaufskonditionen und minimieren den Beschaffungsaufwand.

6 Budget- und Planungsübersicht des Umsetzungsplans DVS (in CHF 1000)

6.1 Agenda DVS

INM	Massnahmen	2022	2023	2024	2025	2026	2027
1.026	Neuausrichtung E-Voting	290	450	992	1'617	1'015	1'350
1.060	Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern in ch.ch	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
1.068	Neuentwicklung der Publikationsplattform «Amtsblattportal»		100	350	700	350	
1.071	Schweizweite Betreibungsregisterauskunft (Initialisierung)			300*			
1.082	Erstellung, Verbreitung und Einlieferung kommunaler Services in ein beliebiges kantonales Portal und Gemeinde-Websites			114*	454*	246*	246*
1.902	Anschubfinanzierung «sichere Zustellplattform(en)»				500	1'000	1'000
1.903	Entwicklung schweizweite Betreibungsregisterauskunft				1'000	1'000	
	Total Digitale Behördenleistungen schweizweit ausbauen	1'290	100	2'756	5'271	4'611	3'596
3.061	Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)		3'100	4'450	5'600	2'000	1'000
1.070	Erneuerung und Weiterentwicklung «iGovPortal.ch»		250	850*	1'650	450	
1.083	Digitaler Kundenshalter im Thurgau: Zertifizierung als anerkannte Plattform			40*	260	60	
2.074	Weiterentwicklung von EasyGov (Ausbau Angebote)				2'500	4'600	4'600
3.904	AGOV (Unterstützende Massnahmen)				1'000	1'000	1'000
	Total One-Stop-Government realisieren		3'350	5'340	11'010	8'110	6'600
3.046	E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	450	1'300	1'000			
3.077	Entwicklung elektronischer Führerausweis (mDL)				300	300	
3.081**	Weiterentwicklung des TG4U als PoC für die Integration in bestehende kantonale und kommunale Systeme			150*	220	170	
3.905	E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung)				280	330	500
	Total E-ID und Vertrauensinfrastruktur schweizweit einführen	450	1'300	1'150	800	800	500
4.016	Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	530	1'074	500	1'825	3'000	2'200
4.024	Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	480	1'400	1'496	1'200	1'100	1'100
4.031	Optimierung Open Government Data (OGD) und beschleunigte Mehrfachnutzung	114	285	450	750	250	



4.044	Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41	393	591	446	456	466
4.064	IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)		300	400	600		
4.067	Anforderungen an nationalen Datenkatalog (I14Y) aus Sicht Kantone und Gemeinden		107	500	275		
4.069	Webportal für die Mehrfachnutzung statistischer Daten der bedarfsabhängigen Sozialleistungen zur datenbasierten Entscheidungsfindung		161	190*	220*		
4.076	Ausbildungsangebot im Bereich Datenmanagement				120*	120*	120*
Total Wertschöpfende Datennutzung fördern		1'165	3'720	4'127	5'436	4'926	3'886
5.901	Anschubfinanzierung Cloud (Förderung)				2'000	3'000	5'000
Total Cloud-enabled-Government ermöglichen					2'000	3'000	5'000
Total Projektbeiträge (Planwerte DVS 2024-2027)		1'615	9'920	13'373	24'517	21'447	19'582

6.2 Leistungsschwerpunkte DVS (in CHF 1000)

	Leistungsschwerpunkt *	2024	2025	2026	2027	Total
1	Standardisierung fördern	250	250	250	250	1'000
2	Innovative Projekte fördern	200	200	200	200	800
3	Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	200	200	200	200	800
4	Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in elektronische Behördenleistungen stärken	150	150	150	150	600
5	Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	60	60	60	60	240
6	Verwaltungsübergreifende Gesamtarchitektur fördern und festigen	100	100	100	100	400
7	Einsatz und Unterstützung von Arbeitsgruppen	300	300	300	300	1'200
8	Konditionserklärungen und AGB	50	50	50	50	200
Total		1'310	1'310	1'310	1'310	5'240

Anmerkung:

* durch die Grundfinanzierung der DVS gedeckt

** Dieses Projekt (INM3.081) wird ab 2025 als Teil von INM3.905, «E-ID Vertrauensinfrastruktur (Unterstützung Einführung)» finanziert.

